



NEWSLETTER 02/2015

FORUM|MIGRATION



© Monkey Business – Fotolia.com

Kein Fall für das Jobcenter

„In Deutschland gehen immer mehr Menschen aus Rumänien und Bulgarien einer regulären, sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach.“ Das berichtet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg. Grund sei die seit dem 01. Januar 2014 auch für Rumänien und Bulgarien geltende volle EU-Freizügigkeit.

Die Beschäftigungsquote in dieser Gruppe ist bis Oktober 2014 gegenüber dem Jahresende 2013 um 19 Prozent gestiegen, die Arbeitslosenquote um 2,2 Prozent gesunken. Es gebe keinerlei Hinweise darauf, dass „Sozialbetrug“ unter der Bevölkerung aus Bulgarien und Rumänien stark verbreitet sei, so das IAB. Forschungsleiter Herbert Brücker kritisierte, dass die Anfang des Jahres geführte Debatte über eine vermeintliche Armutsmigration auf falschen Anschuldigungen beruhe. Auch die damals in Umlauf gebrachte Zahl, dass 2014 mit rund 180.000 neuen Zuwanderern aus Rumänien und Bulgarien zu rechnen sei, habe sich als falsch erwiesen. Ende November lag die tatsächliche Zahl bei 119.838 Personen, sagte Brücker. Noch nicht abgezogen seien dabei diejenigen, die aus Deutschland wieder in ihre Heimatländer

zurückgezogen sind. Für das Jahr 2015 erwartet Brücker, abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung, eine Zunahme der Bevölkerung aus Rumänien und Bulgarien von 100.000 bis zu 150.000 Personen.

Am häufigsten seien sie im Dienstleistungssektor, im Hotel- und Gaststättengewerbe, in der Landwirtschaft, im Baugewerbe und im Gesundheitssektor tätig. Zu den regulär Beschäftigten kämen Selbstständige und Saisonarbeiter hinzu. Insgesamt schätzt das IAB, dass die Erwerbsquote von rumänischen und bulgarischen Arbeitnehmenden in Deutschland zwischen 70 und 75 % liegen dürfte. In Deutschland insgesamt lag die Beschäftigungsquote im Oktober 2014 bei knapp 67 %. Die volle EU-Freizügigkeit ebne vielen in Deutschland beschäftigten Menschen aus diesen Ländern einen Weg der Scheinselbstständigkeit, sagte Brücker. Das Lohngefälle gegenüber deutschen Arbeitnehmenden sei jedoch sehr hoch. Der monatliche Bruttolohn deutscher Arbeitnehmer liege bei 2.995 €, in Deutschland beschäftigte bulgarische Arbeitnehmer verdienen im Schnitt 1.888 €, rumänische Arbeitnehmer 1.882 €. Auch würden Zuwanderer aus Südosteuropa oft unter ihrem Qualifikationsniveau beschäftigt.

INHALT 02/2015

Kein Fall für das Jobcenter	1
Pflegen ohne Pause? No, gráciás!	2
„Protest ist die Ausnahme“	2
Polizei: „Mehr Fingerspitzengefühl“ in der Asyldebatte	2
Entsendung nimmt stark zu	2
Verfahren wegen Grenzkontrollen	3
Staatsvertrag mit Muslimen	3
News + Termine	3
Gegen Hass und Ausgrenzung, für eine offene und vielfältige Gesellschaft – Kommentar von Reiner Hoffmann, Vorsitzender des DGB	4



Pflegen ohne Pause? No, gráciás!

Migrantische Pflegekräfte aus EU-Staaten wehren sich zunehmend gegen ausbeuterische Arbeitgeber. Die sehen sich deshalb immer öfter außerhalb Europas nach Gesundheitspersonal um. Entwicklungshilfsorganisationen kritisieren dies scharf.

Seit Monaten protestieren in Berlin vor allem spanische Arbeitnehmer gegen die Beschäftigungsbedingungen im Gesundheitsbereich (siehe Interview). Ver.di-Sekretär Kalle Kunkel aus Berlin berichtet von Knebelverträgen, Löhnen von 9,50 Euro für examinierte Pflegekräfte, Missachtung von Pausen und Ruhezeiten, Zwölf-Stunden-Schichten und unklaren

Urlaubsregelungen. „Inzwischen hat sich dazu auch der Europäische Gewerkschaftsverband des öffentlichen Dienstes positioniert“, so Kunkel. Der fordere, gegen Bindungsklauseln für Beschäftigte mit Migrationshintergrund vorzugehen und die Förderung von Unternehmen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds an die Einhaltung von Tarifverträgen und die Existenz eines Betriebsrats zu binden.

Die Bundesregierung und Arbeitgeber suchen derweil verstärkt auf dem Weltmarkt nach Arbeitskräften, berichtet der Verband Entwicklungshilfe VENRO. „Deutsche und EU-eigene Fachkräfte sind häufig nicht mehr bereit, die zunehmend schlechten Ein-

komms- und Arbeitsbedingungen in Deutschland zu akzeptieren“, heißt es in einer Erklärung des Verbands. 2013 hatte die deutsche Bundesregierung die Grenzen für Pflegefachkräfte aus Drittstaaten geöffnet. Sie wirbt teilweise zusammen mit Arbeitgeberverbänden und der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) um Pflegepersonal aus krisenbetroffenen EU-Ländern wie Spanien, Italien und Griechenland aber auch aus Vietnam, China, Tunesien oder den Philippinen. VENRO fordert strenge Regeln für die Anwerbung aus Entwicklungsländern.

Broschüre des Verbands Entwicklungspolitik:
<http://bit.ly/1DPgVb3>

„Protest ist die Ausnahme“

Miguel Sanz Alcántara kam im Juni 2013 aus Spanien nach Deutschland. Bald darauf gründete er die Grupo de acción sindical. Die Selbstorganisation eingewanderter Beschäftigter arbeitet mit ver.di für bessere Arbeitsbedingungen, ein Schwerpunkt ist der Gesundheitssektor.

| **Forum Migration:** Herr Sanz Alcántara, Entwicklungsorganisationen klagen, dass zunehmend Gesundheitsfachkräfte aus Entwicklungsländern nach Europa geholt werden. EU-Arbeitskräfte würden schlechte Arbeitsbedingungen immer weniger hinnehmen. Stimmt das?

| **Miguel Sanz Alcántara:** Wir beobachten seit geraumer Zeit, dass die Anwerbung aus anderen

Regionen – Osteuropa, aber auch Länder in Afrika und Asien – zunimmt. Arbeitgeber suchen die billigsten Beschäftigten – und die, die sich am wenigsten wehren können. Arbeitskräfte von Ländern außerhalb der EU haben weniger Rechte, vor allem was Aufenthaltsfragen angeht. Das macht sie leichter erpressbar. Diesen Wechsel haben wir allerdings schon beobachtet, bevor wir unsere Protestaktionen gestartet haben. Im Übrigen ist es keineswegs so, dass alle EU-Arbeitskräfte sich gegen Ausbeutung wehren würden. Was wir tun, ist die Ausnahme.

| Gegen welche Formen der Ausbeutung wehren Sie sich?

| Es sind vor allem die Klauseln bei vorzeitiger Kündigung. Pflegekräfte aus Spanien müssen in der

Regel Verträge unterschreiben, die hohe Strafzahlungen vorsehen, wenn sie innerhalb von zwei oder drei Jahren ihre erste Stelle kündigen. Uns sind Summen von 4.000 bis 12.000 Euro bekannt. Die Arbeitgeber behaupten manchmal, sie täten dies, um ihre Investitionen in die Deutschkurse der Beschäftigten zu schützen. Die Kurse werden aber vom Europäischen Sozialfonds bezahlt. Tatsächlich dienen die Klauseln dazu, Löhne niedrig und Arbeitsbelastung hochzuhalten.

| Was haben Sie dagegen unternommen?
| Nachdem wir öffentlich Druck gemacht haben, drängt die Nationale Spanische Pflegeakademie auf ein Treffen mit dem Gesundheitsminister und dem deutschen Botschafter in Spanien. Wir hoffen, dass es dadurch politische Bewegung gibt.

Polizei: „Mehr Fingerspitzengefühl“ in der Asyldebatte

Der Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, Oliver Malchow, warnt vor Panikmache angesichts der wachsenden Zahl von Asylanträgen in Deutschland.

Diesen müsse mit „mehr Fingerspitzengefühl“ begegnet werden, sagt Malchow nach der Vorstellung des neuen Migrationsberichts der Bundesregierung. Die deutlich gestiegene Zahl nach Deutschland kommender Menschen aus Krisenregionen dürfe „nicht

per se als Problem debattiert werden“. Wo dies geschehe entstehe ein Klima des Misstrauens und der Angst vor dem Fremden, sagte Malchow. Er forderte, Bürger von Anfang an in den Prozess der Eingliederung von Flüchtlingen miteinzubeziehen. „Flüchtlingsströme aus Kriegsgebieten sind absehbar und daher auch planbar.“ Dies beginne vor der Einrichtung von Unterkünften mit Anwohnergesprächen und der „sensiblen Zusammensetzung der Flüchtlingsgruppen“, so Malchow. So ließe sich verhindern,

dass Konflikte aus den Heimatländern sich hier fortsetzen. Der unvermindert anhaltende Menschenhandel nach Europa stelle immer noch einen „besorgniserregenden Brennpunkt“ dar.

Er forderte deshalb mehr Personal für die Bundespolizei. Die hohe Einsatzbereitschaft der Beamten könne die Defizite bei der Bekämpfung des Menschenhandels nicht ausgleichen. „Das geht auf die Knochen, führt zu Krankheiten und letztlich zu Ausfällen.“

Entsendung nimmt stark zu

So viele Beschäftigte werden nach Deutschland entsandt

Jahr	Anzahl
2009:	170.000
2010:	210.000
2011:	226.000
2012:	221.000
2013:	227.000

Top 5 der Branchen mit den meisten entsandten Beschäftigten

Bau von Gebäuden:	9.607
Schlachterei (o. Geflügel):	5.853
Fleischverarbeitung:	5.278
Messebau u.Ä.:	4.169
Betonherstellung u.Ä.:	4.177

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales auf Anfrage der Bundestagsfraktion der Grünen, Dezember 2014



Verfahren wegen Grenzkontrollen

Am 16. Oktober 2014 hat die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik eingeleitet. Grund ist die Praxis der Bundespolizei an den Binnengrenzen.

Stichpunktartige Kontrollen im Schengen-Raum dürfen nicht die Wirkung von Grenzkontrollen annehmen. Genau daran bestehen im Fall Deutschlands Zweifel. In einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der Linken erklärte die Bundesregierung, die Kommission habe „rechtliche Bedenken“ gegen das Bundespolizeigesetz. Dieses bestimme die Häufigkeit und die Intensität der Kontrollen nicht ausreichend. Eine solche genauere gesetzliche Regelung zur Begrenzung von Binnengrenzkontrollen aber hatte der Europäische Gerichtshof 2010 im so genannten „Melki-Urteil“ verlangt. 2012 gab es in Deutschland

2,5 Mio. Personenkontrollen der Bundespolizei im so genannten grenznahen Raum. Dabei wurden etwa 20.000 unerlaubte Einreisen oder unerlaubte Aufenthalte ermittelt – also in etwa 0,5 Prozent aller Fälle.

Bei den Millionen von Polizeikontrollen im grenznahen Raum geht es zwar auch um die Bekämpfung so genannter grenzüberschreitender Kriminalität. Ein wesentliches Motiv ist aber, die unerlaubte Ein- oder Weiterreise von Flüchtlingen aus anderen Ländern der EU aufzudecken und zu verhindern. „Häufig traumatisierte Flüchtlinge werden als ‚illegal‘ Einreisende aus Zügen, Bussen und Autos geholt, um sie in dasjenige Land zurückzuschicken, über das sie in die EU eingereist sind“, klagt die Linken-Abgeordnete Ulla Jelpke. Hinzu komme, dass Kontrollen der Bundespolizei im Grenzgebiet auch auf Praktiken des Racial

Profiling basierten, zu Kontrollierende also nach Hautfarbe ausgesucht würden. Mitte Dezember erklärte die Bundesregierung im Innenausschuss, dass sie in Verhandlungen mit der Kommission stehe und durch „untergesetzliche Maßnahmen“ Zweifel an der Vereinbarkeit deutschen Rechts mit EU-Recht begegnen wolle. Das Bundespolizeigesetz soll also unverändert bleiben.

Derweil hat sich die neue Regierung in Thüringen in ihrem Koalitionsvertrag zum Ziel gesetzt, Racial Profiling gesetzlich auszuschließen. Hierzu will sie das Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Polizei novellieren, um die Eingriffsbefugnisse auf das „verfassungsrechtlich unbedenkliche Maß zu reduzieren“. Zusätzlich will die neue Landesregierung ein Sensibilisierungs- und Schulungsprogramm für Polizeibeamte starten.

Staatsvertrag mit Muslimen

Niedersachsen und Berlin wollen Regelungen mit islamischen Verbänden

Dabei könne es Lockerungen beim Kopftuchverbot für Lehrerinnen im öffentlichen Dienst geben, kündigte Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) an. „Es ist möglich, dass es zu einer flexibleren Regelung

kommt als derzeit“, erklärte Weil. Der Schulfrieden müsse jedoch gewahrt bleiben. Bisher ist es muslimischen Lehrerinnen außer im Religionsunterricht untersagt, im Unterricht ein Kopftuch zu tragen.

Mit dem Staatsvertrag könnten in Niedersachsen auch islamische Feiertage staatlich anerkannt wer-

den. Weil erwägt, den Landtag zu bitten, das Feiertagsgesetz zu ändern. Die Verhandlungen laufen bereits seit September 2013. Themen sind auch die islamische Seelsorge in Kliniken und Pflegeheimen, muslimische Bestattungen sowie die Voraussetzungen für Moscheebauten. In Niedersachsen leben rund 250.000 Muslime, es gibt 200 Moscheeviere.

News + Termine

Es kommen wieder mehr Spätaussiedler nach Deutschland

Im bundesweit einzigen Aufnahmelager für Spätaussiedler in Friedland bei Göttingen sind in den ersten drei Quartalen 2014 4.100 Menschen eingetroffen, berichtet der Leiter Heinrich Hörschemeyer. Das sind fast zweimal so viele wie im gesamten Jahr 2013, als gut 2.400 Aussiedler registriert wurden. Die Spätaussiedler kommen vorwiegend aus der früheren Sowjetunion. Grund sei die Änderung des Bundesvertriebenengesetzes im Herbst 2013, sagte Hörschemeyer. Diese habe den Nachzug von Familienangehörigen erleichtert. Seither steige die Zahl der Spätaussiedler wieder.

„Ein Land – Zwei Pässe“:

Mit einer Informationskampagne will die Bundesregierung die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts bekannt machen.

Am 20. Dezember 2014 ist die Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes in Kraft getreten. Sie gilt für Kinder ausländischer Eltern, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind. Bisher mussten Jugendliche sich bis zum 23. Lebensjahr zwischen der deutschen und der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern

entscheiden. Diese Entscheidung werden zukünftig nur noch diejenigen treffen müssen, die nicht in Deutschland aufgewachsen sind. Um diese Neuerungen bekannt zu machen, hat die Migrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz, eine Informationskampagne gestartet. Junge Menschen mit Migrationshintergrund sollen so vor „Fehlentscheidungen aufgrund mangelnder Kenntnis der Änderungen“ bewahrt werden, erklärte Özoguz. Vor allem wolle sie „betroffene Jugendliche vor unnötigen Gewissenskonflikten, die oft mit der Entscheidung für eine Staatsangehörigkeit einhergehen, bewahren.“

„Generation E“ – Dokumentationsprojekt zu EU-Arbeitsmigration gestartet

Das gemeinnützige Recherche-Projekt CORRECT!V hat eine Dokumentation zur europäischen Arbeitsmigration gestartet. „Die Migration innerhalb Europas nimmt immer stärker zu. Wir wollen die Menschen dahinter zeigen“, sagt Daniel Drepper von CORRECT!V. Im Netz, unter anderem bei Facebook, wurde der Aufruf für Generation E verbreitet. Seit dem Start im September haben rund 2.000 Menschen den Fragebogen ausgefüllt und ihre Migrationsgeschichte erzählt. „Wir wollen so viele Geschichten wie möglich sammeln und die Daten auswerten“, sagt

Drepper. Migranten dürfen „nicht nur als graue anonyme Masse erscheinen, auf die man seine Ängste projizieren kann.“ Es sei „erschreckend, wie häufig die Hilfsbereitschaft innerhalb Europas nach der Krise in Frage gestellt wurde“, sagt Drepper.

<http://www.generatione.eu>

Merkblätter für Betriebsräte und Co.

Kurze Informationen rund um das Thema Anerkennung im Ausland erworbener Berufsabschlüsse finden Betriebsräte, Personalräte, Handwerk und JAV in neuen Merkblättern des DGB Bildungswerk. Die gerade erschienenen vier ersten Merkblätter bilden den Auftakt zu einer Reihe von Informationen.

Merkblätter bestellen oder herunterladen:
www.migration-online.de/anerkannt_merkblaetter

01.bis 06. März 2015

Ausbildung zur Betrieblichen Fachkraft Anerkennung

Veranstaltungsort: Bonn

Infos und Anmeldung:
migration-online.de/beitrag_aWQ9OTU30Q_.html



Gegen Hass und Ausgrenzung, für eine offene und vielfältige Gesellschaft

© DGB/Simone M. Neumann



Kommentar von Reiner Hoffmann, Vorsitzender des DGB

In München, Leipzig, Stuttgart, Hannover, Köln, Dresden, Berlin, Suhl, Villingen-Schwenningen und an vielen anderen Orten haben Demokraten in den letzten Wochen zusammen für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit und gegen Ausgrenzung, Rechtspopulismus und Terrorismus demonstriert. Sie haben ein deutliches Zeichen gegen die von den Organisatoren und Unterstützern von Pegida verbreiteten rechtspopulistischen Thesen gesetzt. Es ist ein Hohn, wenn die Pegida-Oberen die Medien als „Lügenpresse“ – ein Nazi-Begriff – beschimpfen, Pegida-Demonstranten Journalisten angreifen und sie fast zeitgleich Trauerbinden für die Opfer der Terroranschläge in Paris tragen.

Nicht die Aufnahme von Flüchtlingen oder der Bau von Moscheen bedrohen die freiheitliche Demokratie in Deutschland sondern diejenigen, die Ängste vor sozialem Abstieg, oder vor fremden Menschen für die Verbreitung ihrer nationalistischen und menschenfeindlichen Ideologie nutzen. Aber die Positionen von Pegida, ihren regionalen Ablegern und vor allem der Demonstrationsteilnehmenden sind nicht nur deshalb problematisch. Sie sind sehr diffus, und sie reichen bei den Organisationen von rechtspopulistischer Demokratiekritik bis zu eindeutig rechts-extremen und nationalistischen Forderungen. Was die Organisatoren und die Teilnehmenden allerdings eint, sind rassistische und islamfeindliche Einstellungen und die Auffassung, dass „die da oben“ – Parteien, Presse und gesellschaftliche Institutionen – die Bedürfnisse der Bevölkerung nicht ernst nehmen und Grundwerte der Gesellschaft verraten.

So enthält das in Dresden entstandene, so genannte „19-Punkte-Programm“ Positionen und Forderungen vor allem zur Migrations- und Flüchtlingspolitik, zur Inneren Sicherheit und zur Einführung von Bürgerentscheiden beim Moscheebau. Es gleicht damit an vielen Stellen auffallend den Forderungen der AfD für die sächsische Landtagswahl.

Die Frage, die immer wieder gestellt wird: wie geht man mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern an den Pegida-Demonstrationen um? Dafür müsste man wissen, wer sie eigentlich sind – häufig zeigen sie sich ja nicht einmal gesprächsbereit. Die Technische Universität Dresden kommt zwar in ihrer Untersuchung zu dem Schluss, dass der „typische“ Pegida-Demonstrant männlich und gut ausgebildet ist, der Mittelschicht entstammt und keiner Konfession angehört. Aber die Ergebnisse, die auf ausschließlich in Dresden geführte Interviews mit aussagewilligen Demonstranten beruhen, dürfen nicht verallgemeinert werden. Erstens haben mehr als die Hälfte der Befragten jede Antwort abgelehnt und zweitens marschieren Neonazis, Hooligans und Rechtspopulisten in Dresden und vor allem in anderen Städten mit.

Ja, es gibt auch Gewerkschaftsmitglieder unter den Pegida-Demonstranten. Das verwundert nicht, angesichts unserer eigenen Untersuchungen zum Wahlverhalten und zu den politischen Einstellungen. Die Teilnahme von Gewerkschaftsmitgliedern und menschenfeindliche Einstellungen sowie die verbreitete Wahlabstinenz begreifen wir als Aufforderung, aktiver zu werden – über die zahlreichen Initiativen und Bündnisse gegen Rassismus und für Demokratie hinaus, die wir, ob hauptamtlich oder ehrenamtlich, bundesweit mit großem Engagement betreiben.

Wir wollen dazu neben konkreten Maßnahmen in den Betrieben und Verwaltungen zur Verhinderung von Ausgrenzung und Diskriminierung die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die sich gegen Rassismus einsetzen, stärken. Dazu gehört auch, sich mit den sozialdemagogischen Forderungen von Pegida und Rechtspopulisten auseinanderzusetzen.

Aber auch in dieser Auseinandersetzung bleibt klar: Gewerkschaften und DGB setzen sich für eine vielfältige und sozial gerechte Gesellschaft ein, in der kulturelle, religiöse und ethnische Unterschiede akzeptiert werden. Sie stehen für den Kampf gegen Rechtsextremismus und Terrorismus sowie für die Überwindung von Rassismus, Menschenfeindlichkeit und Ausgrenzung.

Es gilt: Klare Kante zeigen gegenüber all denjenigen, die unter dem Deckmantel der Kritik an gesellschaftlichen Problemen ihre antidemokratische, nationalistische und rassistische Ideologie verbreiten. Die Gewerkschaften und der DGB rufen auch künftig ihre Mitglieder dazu auf, sich an Demonstrationen für eine offene Gesellschaft zu beteiligen und sich in Betrieben und Verwaltungen gegen Rassismus einzusetzen.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Leo Monz
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideeal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 99
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

GEFÖRDERT DURCH

